



# Machtwort aus Kuba

Nach dem Eklat im Autonomiekonvent: Wie **SVP-Senator Karl Zeller** aus dem Kuba-Urlaub die Wogen zu glätten versucht.

Kuba

von Matthias Kofler

Das Beben hat man bis nach Kuba gespürt“, sagt Karl Zeller augenzwinkernd. Der SVP-Senator, der zurzeit im Sommerurlaub in der Karibik weilt, zeigt kein Verständnis für den jüngsten Eklat im Autonomiekonvent (siehe Kasten). „Unser Gesetzentwurf ist schon lange bekannt – wir haben nur das umgesetzt, was uns die beiden Landeshauptleute aufgetragen haben“, so Zeller. Im Parlament liegt ein Verfassungsgesetzentwurf der Senatoren Karl Zeller, Hans Berger und Francesco Palermo, der demnächst vom Landtag begutachtet werden soll. Der Entwurf schlägt einige Änderungen am Autonomiestatut vor, die für das Land weitere



Karl Zeller

Zuständigkeiten bedeuten würden, vor allem jene zur Ordnung der Lokalkörperschaften, die derzeit von der Region wahrgenommen wird. Im Gegenzug würde die Region ebenfalls weitere ausschließliche Zuständigkeiten bekommen, so jene für die Ordnung der lokalen Kreditanstalten. An das Land sollen zudem weitere Zuständigkeiten vom Staat übergehen, über die Verfassungsreform von 2001 hinaus, zum Beispiel die Umwelt. Mit dem Gesetzesentwurf wolle man keineswegs in die Arbeiten des Konvents eingreifen, betont Zeller. Vielmehr gehe es darum, eine wichtige Vorarbeit zu leisten. Immerhin bestehe im Falle der Übertragung der Kompetenzen von der Region ans Land „ein breiter Konsens,

auch im Konvent“. Der Autonomiekonvent habe „keinen Exklusivitätsauftrag“, sondern sollte „in Zusammenarbeit mit dem Parlament und dem Landtag“ agieren. Darüber hinaus fuße der Entwurf auf einen Kompromiss mit der Provinz Trient, ohne deren Zustimmung Abänderungen am Statut nicht möglich seien. „Wir Parlamentarier können nicht unsere Arbeiten einstellen, nur weil der Konvent tagt“, sagt Zeller und ergänzt: „Wenn wir weitere Übertragungen von Kompetenzen erreichen wollen, dann ist jetzt der richtige Zeitpunkt dafür.“

**„Ich rate dem Konvent, sich mehr auf die Substanz und weniger auf das Formale zu konzentrieren. Sonst kommt die Substanz zu kurz.“**

Schließlich hat auch Luis Durnwalder immer die Umwandlung der sekundären Kompetenzen in primäre Kompetenzen gefordert. „Dass die Opposition versuche, mit dem Entwurf für Polemiken zu sorgen, ist für Karl Zeller nicht weiter verwunderlich: „Der Sommer ist noch nicht vorbei. Wenn das unsere Probleme sind, dann ist Südtirol ein sehr glückliches Land“, meint der Senator. Um derartige „Missverständnisse“ in Zukunft zu vermeiden, schlägt Zeller vor, dass der Konvent regelmäßig auch die Parlamentarier und den Landeshauptmann in die Sitzungen einlädt. „Ich rate dem Konvent, sich mehr auf die Substanz und weniger auf das Formale zu konzentrieren. Sonst kommt die Substanz zu kurz. Bislang hat der Konvent inhaltlich ja nichts vorgelegt. Stattdessen wurde darüber diskutiert, ob man am Freitag oder am Samstag zusammenkommt“, so Zeller.



## „Frechheit und Verarschung“

Die Sitzung des **Autonomiekonvents** musste nach **heftigen Protesten abgebrochen** werden.

(mat) Bei der Sitzung des Konvents der 33 kam es am Freitag zu einem Eklat. Der Grüne Riccardo Dello Sbarba teilte mit, dass bereits ein Gesetzentwurf für ein neues Autonomiestatut im Landtag hinterlegt worden sein. „Dies würde die Arbeit des Konvents hinfällig machen“, ärgerte sich Myriam Atz-Tammerle. Der Konvent würde zu einer „reinen Alibiveranstaltung“.

weise von SVP und PD als „Frechheit“ bezeichnete. Durnwalder fragte sich, wieso die Mitglieder des Konvents überhaupt zusammenkämen, wenn bereits fertige Gesetzentwürfe vorliegen. Nach heftigen Protesten brach der Präsident des Konvents, Christian Tschurtschenthaler, die Sitzung ab. Der Freiheitliche Pius Leitner kommentierte den Eklat so: „Die



Myriam Atz-Tammerle

gesteuerte Scheindemokratie entpuppt sich als Hindernis für ihre Erfinder und diese suchen ihr Heil in der Flucht nach vorne, indem sie hinter dem Rücken des Konvents vollendete Tatsachen schaffen.“ Harte Worte kamen auch von Andreas Pöder: „Verbände und Öffentlichkeit werden von SVP und PD verarscht“, Abgeordnete der Bürger-

so der Union.